

Franz Steinkühler

Grundfragen aktueller Gewerkschaftspolitik

Franz Steinkühler, geb. 1937 in Würzburg, Lehre als Werkzeugmacher, war von 1961 bis 1963 Geschäftsführer der IG Metall in Stuttgart und Schwäbisch Gmünd, von 1963 bis 1972 Bezirkssekretär und danach bis 1983 Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Stuttgart. Im Oktober 1983 wurde er zum Zweiten Vorsitzenden und auf dem 15. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1986 zum Ersten Vorsitzenden seiner Gewerkschaft gewählt.

I.

Die Umgestaltung der Gesellschaft ist von jeher erklärte Zielsetzung der Arbeiterbewegung, auch wenn sich dieses Ziel hinsichtlich seiner konkreten Ausprägung und seines Stellenwerts sowohl in der Programmatik als auch in der betriebenen Politik immer wieder veränderte. Zeiten, in denen sich die Gewerkschaften eher als Bollwerk für die Verteidigung des Er kämpften und Erreichten verstanden - wie beispielsweise über weite Phasen der Weimarer Zeit -, wurden abgelöst durch Perioden mit weitreichenden Gestaltungszielen - wie zum Beispiel in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahre haben sich die Gewerkschaften weitgehend mit der Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition identifiziert. Die Beendigung dieser Umbauperiode in Richtung auf mehr Demokratie und mehr Solidarität durch die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise Mitte der siebziger Jahre hinterließ bei vielen Gewerkschaftern Verunsicherung; die Umbauzielsetzungen wurden niedriger gehängt und verschwanden sogar ganz von den politischen Propagandatafeln.

Heute wird der Umbaubegriff von anderer Seite in Anspruch genommen: Zum einen im Sinne eines ökologisch motivierten „Umbaus der Industriegesellschaft“, der bei aller Rücksichtslosigkeit gegenüber vorhandenen Strukturen und damit teilweise erheblicher Realitätsferne doch wichtige gewerkschaftliche Forderungen aufnimmt. Zum anderen im Sinne eines konservativen Umbaus, in dessen Zentrum die Individualisierung der Arbeitnehmer mit ihren Rechten, Interessen, Arbeits- und Lebensbedingungen steht. Dieser Umbau ist, anders als der erstgenannte, keineswegs realitätsfern, sondern bereits seit geraumer Zeit und in vielfacher Hinsicht im Gang. Er wäre bereits wesentlich weiter fortgeschritten, wenn es nicht vor allem den Gewerkschaften gelungen wäre, wirksamen Widerstand gegen diesen Umbau zu organisieren.

II.

Trotz allem hat die konservative Wende in den vergangenen Jahren den Handlungsrahmen für die Gewerkschaften bereits entscheidend verändert. Dies konkretisiert sich vor allem in den folgenden Bereichen:

- Die konservativ-liberale Regierung lehnt eine beschäftigungspolitische Verantwortung des Staates ab. Diese Haltung hat bisher jede gezielte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verhindert. Durch das unverminderte Fortbestehen der Massenarbeitslosigkeit wurde auf der einen Seite die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften tendenziell geschwächt, auf der anderen Seite der Druck auf eigene Maßnahmen im tarifpolitischen Bereich zu ihrer Bekämpfung verstärkt.
- Das Ziel der Konservativen, sich aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung und den wirtschaftspolitischen Aktivitäten insgesamt zurückzuziehen, führte zwar zunächst keineswegs zu einer Reduzierung von Subventionen insgesamt. Es führte allerdings zur Verweigerung von Hilfeleistungen überall dort, wo aus Struktur- und beschäftigungspolitischen Gründen öffentliche Hilfen notwendig gewesen wären (Werften, Stahl).
- Die begrenzte Durchsetzung von Flexibilisierung und Differenzierung im tarifpolitischen Bereich durch geschlossenes Zusammenwirken von Arbeitgebern und Bundesregierung, die Auflockerung des Kündigungsschutzes und die Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse, die Lockerung anderer Arbeitsschutzbestimmungen, alles dies leistet der Aufspaltung der Belegschaften in einzelne Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Interessen Vorschub. Auch dies zielt nicht zuletzt darauf, wirksame Interessenvertretung zu erschweren.
- Die Veränderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) hatte die ausdrückliche Zielsetzung, die angebliche Übermachtstellung der Gewerkschaften, die es in Wirklichkeit nie gegeben hat, zu beseitigen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Effekt tatsächlich eintritt oder neue Solidaritäten zu einem eher gestärkten Druckpotential führen können.

Es ist hier nicht der Ort für eine ausführlichere Analyse des Konservatismus und seiner neueren Ausprägungen. Vieles ist darüber in den letzten Jahren gesagt und geschrieben worden. Zwei miteinander im Zusammenhang stehende Erkenntnisse seien hier jedoch festgehalten:

Das eine ist die kaum zu bezweifelnde Erwartung, daß die durch die genannten und bereits vollzogenen Schritte der Wendepolitik umrissene konservative Strategie sich weiter fortsetzen wird. Dies lassen die Koalitionsvereinbarungen und die Regierungserklärung bereits erkennen; das muß nach dem für die Konservativen geradezu ermutigenden Wahlergebnis in Hessen nun in noch krasserer Form angenommen werden. Das Spektrum der gesellschaftspolitischen Umbauvorhaben wird sich dabei über den gesamten Bereich erstrecken: vom weiteren Abbau sozialer Schutzrechte über die Verschlechterung von Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten bis hin zur materiellen Umverteilung von unten nach oben, wie sie sich bei der geplanten Steuerreform abzeichnet, wenn man die Finanzierungsseite mit einbezieht.

Das andere ist die notwendige Erkenntnis, daß eine Reihe dieser Umbauvorhaben durchaus die Befriedigung von Teilbedürfnissen großer Teile der Bevölkerung einschließen. Anders sind die Wahlergebnisse - bei aller notwendigen darüber hinausgehenden Differenzierung - nicht zu erklären. Die Wähler wählen weder ausschließlich gegen ihre eigenen Interessen noch sind sie überwiegend fehlinformiert oder irreführt. Individualität und der Wille zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sind gewiß keine Erfindungen der beginnenden achtziger Jahre. Sie werden jetzt angeblich zum politischen Ziel erhoben und sind doch gleichzeitig oder vor allem Instrument, um kollektive Vertretungsmacht zu schwächen.

Es wäre ganz sicher falsch, angesichts dieser Zusammenhänge einem politischen Fatalismus zu verfallen, wie ihn vor etwa einem Jahr Max Frisch formulierte, als er „den Aufstand der Reichen gegen die Armen“, der in den USA gelungen sei, auch für Europa als unaufhaltsam einschätzte. Diese Einschätzung vernachlässigt das Maß an solidarischem Widerstand, das bei uns auch unter Krisenbedingungen erzeugt werden kann und auch erzeugt worden ist. Eine solche Einschätzung birgt darüber hinaus - wenn sie sich durchsetzen würde - die Gefahr einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Widerstand gegen den konservativen Umbau ist daher die Strategie der deutschen Gewerkschaften. Diese Strategie darf nicht an den Symptomen ansetzen und sich darauf beschränken, die teilweise katastrophalen Auswirkungen der Wendepolitik zu „reparieren“. Sie muß vielmehr die Widersprüche dieser Politik offenlegen, die ja vorhanden sind und gleichzeitig die strukturellen Voraussetzungen dafür schaffen, daß kollektive Interessenvertretung weiter möglich bleibt und weiter ausgebaut wird; denn nur bei kollektiver Absicherung und Eingrenzung wird die Entfaltung von Individualität nicht zum Kampf jeder gegen jeden, in dem schließlich nur noch die Individualität des Stärkeren zählt.

III.

Autonome Tarifpolitik ist kein Ersatz für staatliche Beschäftigungs- und Sozialpolitik, für parteipolitische Initiativen und gesellschaftliche Reformen. Dennoch haben wir auf diesem Wege ein Stück konkrete Zukunftsgestaltung erreicht. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit hat nicht nur Arbeitsplätze gesichert und geschaffen, sie leistet auch einen Beitrag zur Verknüpfung von Arbeit und Freizeit und zur Entwicklung einer emanzipatorischen Alltagskultur. Tarifpolitik ist stets auch konkrete Gesellschaftspolitik.

Erneut hat sich der gesellschaftspolitische Konflikt in diesem Jahr an der Frage der Arbeitszeit entzündet. Nachdem sich die 1984 benutzten Argumente gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung als falsch erwiesen haben, die von uns postulierten positiven Wirkungen vor allem im Hinblick auf die Beschäftigung dagegen weitgehend Realität geworden sind, wurde jetzt auf einer neuen Ebene der Argumentation erneut versucht, den Anspruch der Kapitalseite auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Realität durchzusetzen. Die Laufzeit der Maschinen wird verabsolutiert und zur bestimmenden Variablen gemacht. Mit brutaler Offenheit wird den Bestrebungen nach mehr Zeitsouveränität für die Arbeitnehmer die angebliche Notwendigkeit der Anpassung menschlicher Arbeitszeiten an Kapazitätsauslastungen, Produktionsrhythmen und saisonale Schwankungen entgegengesetzt. Nicht nur das für die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer gemeinsame freie Wochenende sollte durch flexibel verteilte freie Tage ersetzt, sondern auch der 8-Stunden-Tag zunehmend in Frage gestellt werden.

Ganz auf der Linie des konservativen Umbaus sollte der Vorrang der Kapitalverwertung weiter ausgebaut werden. Die von den Arbeitgebern während der Tarifrunde vorgelegten Formulierungen ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Die nach diesem Tarifvertrag von einzelnen Arbeitnehmern, Arbeitnehmergruppen, Abteilungen oder Betrieben zu leistende wöchentliche Arbeitszeit ist hinsichtlich des Umfangs und der Lage so festzulegen, daß die vom Arbeitgeber vorgegebene Nutzungsdauer der betrieblichen Kapazitäten gewährleistet ist. Dies kann vom Betriebsrat nur abgelehnt werden, wenn er aufgrund von Tatsachen nachweist, daß nach Abwägung mit den betrieblichen Belangen dringende Bedürfnisse der betroffenen Arbeitnehmer überwiegen.“ So der Text des von den Metall-Arbeitgebern im nordwestlichen Niedersachsen/Unterweser vorgelegten Entwurfes.

Vom Vorrang des Menschen oder von einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht, wie sie in Sonntagsreden immer wieder beschworen wird, ist in diesen Formulierungen nichts mehr übrig. Auch von den Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte nichts; denn kein Betriebsrat könnte - wenn solche Tarifverträge Realität geworden wären - noch die Interessen seiner Belegschaft wirksam durchsetzen. Keine Einigungsstelle könnte auf der Basis solcher Formulierungen noch zugunsten von Arbeitnehmern entscheiden.

Die Arbeitszeitpolitik der IG Metall ist nicht dogmatisch oder starr. Sie schließt unterschiedliche Regelungen nach den Interessen der Belegschaften und einzelner nicht aus. Aber sie will und muß durch die Vorgabe eines kollektiven Rahmens sicherstellen, daß die Rentabilität nicht zum alleinigen Maßstab wird. Dann könnte kein Arbeitnehmer für sich Arbeitszeiten durchsetzen, die auf seine Leistungsfähigkeit und Interessen Rücksicht nehmen.

Flexibilisierung nach den Interessen der Arbeitnehmer, freies Wochenende, weil die Familie kein Schichtbetrieb werden darf, Begrenzung der Mehrarbeit und Freizeitausgleich, das sind die Grundsätze, denen wir auch über die diesjährige Tarifrunde hinaus bei der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit verpflichtet bleiben.

Mit dem in diesem Jahr auf dem Verhandlungsweg erreichten Ergebnis konnten wir diese Grundsätze weitgehend durchsetzen. Gleichzeitig wurde ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung auf die Realisierung der 35-Stunden-Woche getan. Damit werden erneut rund 100 000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden. Aber die zähen und schwierigen Verhandlungen haben gleichzeitig deutlich gemacht, daß das Ziel der Arbeitgeber sich ebenso wenig verändert hat wie sich unsere eigenen Grundsätze veränderten. Sie wollen auch weiterhin die totale Flexibilisierung und Verfügbarkeit der Arbeit nach den betrieblichen Erfordernissen. Nur wenn wir auch in Zukunft - so wie in diesem Jahr - durch Warnstreiks und andere Aktionen deutlich machen können, daß die Arbeitnehmer bereit sind, für ihre Interessen selbst tatkräftig einzutreten, werden wir die Angriffe der Arbeitgeber auf unsere arbeitszeitpolitischen Grundpositionen auch in den neunziger Jahren abwehren können. Nicht zuletzt daran entscheidet sich, welchen Beitrag wir selbst zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aber auch zur Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer künftig leisten können.

IV.

Arbeitszeitpolitik ist das Mittel der Beschäftigungspolitik, das die Gewerkschaften selbst einsetzen können. Aber die Massenarbeitslosigkeit ist nicht mit tarifpolitischen Mitteln allein zu bekämpfen. Hinzu kommen müssen wirtschafts- und strukturpolitische Maßnahmen der Politik.

Glaubt man den Äußerungen von Bundesregierung und Arbeitgebern, dann gibt es zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen Einigkeit über das Vollbeschäftigungsziel und Meinungsverschiedenheiten allenfalls über die Mittel und Wege, auf denen dieses Ziel erreicht werden kann. Damit wird etwas zum Konflikt zwischen theoretischen Lehrmeinungen verharmlost, was tatsächlich ein Konflikt zwischen gegensätzlichen gesellschaftlichen Interessen ist.

Trotz weitergehender Konzentration in der Wirtschaft, trotz ungebrochener Subventionsflut und schwelender und offener Branchenkrisen geht die offizielle Wirtschaftspolitik auch weiterhin von der Fiktion funktionierender Märkte aus. Krisen und Arbeitslosigkeit erklären sich angeblich durch externe

Störungen, die beseitigt werden müssen. Als hauptsächliche Störungen werden einmal die überzogenen Ansprüche der Arbeitnehmer und des Staates an das Volkseinkommen hingestellt, zum anderen der angeblich überzogene Einfluß von Gewerkschaften und Staat auf die Wirtschaft, der die unternehmerische Initiative geknebelt haben soll.

Als Therapie gilt deshalb auch weiterhin das Vertrauen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes, die lediglich gestärkt werden müssen durch die Beseitigung von sogenannten beschäftigungs- und investitionshemmenden Vorschriften, durch die Demontage sozialer Schutzrechte, durch den Rückzug des Staates aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung. Hinzu kommen politische Initiativen zur Senkung der Kosten und zur Steigerung der Gewinne über sozial- und steuerpolitische Maßnahmen; nicht zuletzt aber auch über eine Strategie zur Schwächung der Gewerkschaften, die als Gegenmacht zur Sicherung der materiellen Basis der Arbeitnehmer zurückgedrängt werden sollen.

Einem solchen wirtschaftspolitischen Konzept entspricht eine Strukturpolitik, die auf der einen Seite die sozialen Belange der Beschäftigten, von Branchen und Regionen dem Dogma der reinen Marktlehre zu opfern bereit ist, die auf der anderen Seite aber geradezu merkantilistische Züge trägt, wenn es um die vor allem außenwirtschaftlich orientierte Modernisierung der Wirtschaft geht. Eine solche Strukturpolitik unterstützt passive Anpassungsmaßnahmen auf schrumpfenden Märkten in der Regie des privaten Kapitals. Es bedeutet damit auch den Rückzug des Staates aus seiner strukturpolitischen Verantwortung. Es schließt aber aktive Einmischung dort offensichtlich nicht aus, wo öffentliche Subventionen an negative Beschäftigungsaufgaben, an Kapazitäts- und Personalabbau gebunden werden.

Die Verheißung beschäftigungspolitischer Erfolge der Modernisierungsstrategien, die dem strukturpolitischen Kahlschlag gegenübergestellt werden, steht dagegen auf tönernen Füßen. Dies gilt einmal schon für den nationalen Zusammenhang, weil die Beschäftigungsvorteile aus neuen Produkten durch Beschäftigungsnachteile aus gleichzeitig eingeführten neuen Produktionsverfahren wieder wettgemacht werden und weil den positiven Beschäftigungswirkungen bei den Herstellern der neuen Technologien die negativen Effekte bei den Anwendern entgegenlaufen.

Schwerwiegender erscheint jedoch angesichts der internationalen Zusammenhänge das Argument, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der Arbeitslosigkeit in nahezu allen Industrieländern die beschleunigte Modernisierung vor allem im Export von Arbeitslosigkeit resultiert. Die Logik der staatlichen Modernisierungspolitik bedeutet, daß Arbeitsplatzgewinne in einem Land letztlich nur durch Arbeitsplatzverluste in anderen Ländern erreichbar werden und damit der Modernisierungswettlauf letztlich die Gefahr protektionistischer Abwehrmaßnahmen weiter verstärkt.

Die Krisensituation im Stahlbereich hat den gewerkschaftlichen Konzepten zur arbeitsorientierten Strukturpolitik neue Aktualität verliehen. Oberstes Ziel dieser Konzepte ist die dauerhafte Sicherung vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze unter Wahrung menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen. Eine solche arbeitsorientierte Strukturpolitik kann deshalb auf defensive strukturpolitische Sofortmaßnahmen, die eine befristete beschäftigungspolitische Absicherung in Krisensituationen gewährleisten sollen, nicht verzichten. Sie muß vor allem aber auf offensive mittelfristige strukturelle Umstellungsprozesse gerichtet sein, die die Bekämpfung der strukturellen Beschäftigungskrise mit dem Einsatz für gesellschaftliche Strukturereformen verbindet. Inhaltlich geht es dabei um die konkrete Umsetzung von Produktionskonzepten, die unter dem Schlagwort „Qualitatives Wachstum“ seit Jahren diskutiert werden und die von Seiten der Gewerkschaften in einer Reihe von Feldern konkretisiert worden sind. Wegen der aktuellen Bedeutung soll hier auf die Stahlkrise und ihre industriepolitische Bewältigung näher eingegangen werden.

Ausgangspunkt unserer stahlpolitischen Vorschläge ist das stahlpolitische Programm der IG Metall, dessen Hauptelemente der nationale Stahlausschuß sowie ein umfassendes Konzept zur Vergesellschaftung der Stahlindustrie darstellen. Über diese Hauptelemente war ein Konsens mit den Beteiligten unter keinen Umständen zu erzielen. Im Sinne der obengenannten industriepolitischen Konzeption wurde deshalb ein Maßnahmenbündel entwickelt und in die politische Diskussion eingebracht, das in Expertengesprächen weiter konkretisiert wird.

- Als defensive strukturpolitische Sofortmaßnahmen sind zunächst Massenentlassungen und arbeitgeberseitige Kündigungen auszuschließen. Die Stilllegung ganzer Stahlstandorte ist zu verhindern und die nationale Stahlbasis zu erhalten.
- Als Voraussetzung für die erforderlichen Umstellungsprozesse ist ein maßgeblicher Beitrag der Bundesregierung einzufordern, der über die Verlängerung des Stahlstandorte-Programms hinausgeht. Zentraler Punkt eines solchen Beitrags wäre neben der Einbeziehung der besonders betroffenen Arbeitsmarktreionen in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ein Zukunftsinvestitionsprogramm in den Montanrevieren. Die Konzerne sind zur Entwicklung alternativer Planungen, die den Beschäftigungsabbau deutlich verringern, zu verpflichten. Es sind Antikrisenabteilungen bei den Obergesellschaften zu gründen und Beschäftigungspläne mit den Betriebsräten und der IG Metall zu vereinbaren.
- Für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen schlägt die IG Metall schließlich die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften der Stahlkonzerne und ihre Zusammenarbeit mit einer ebenfalls zu gründenden öffentlichen Entwicklungsgesellschaft von Bund, Ländern und Gemeinden vor. Mit Finanzmitteln der Stahlkonzerne, mit zusätzlichen Fördermitteln der öffentlichen

Hand durch öffentliche Investitionen und Kapitalbeteiligungen der öffentlichen Hände kann so Beschäftigung in vorrangigen Bedarfsfeldern geschaffen werden. In einem IG Metall-Forschungsprojekt sind bereits Beispiele für konkrete Investitionsfelder in der Altlastensanierung, bei Abfallbeseitigung und Recycling, bei Wasser- und Luftreinhaltung, in der rationalen Energieversorgung, beim Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems sowie der Stadt- und Wohnumfeldverbesserung erarbeitet worden.

Diese Kombination von Schutzmaßnahmen für die betroffenen Arbeitnehmer und ihre Region, der Förderung von Umstellungsprozessen durch Unternehmen und öffentliche Hand und schließlich der inhaltlichen Ausrichtung der Ersatzarbeitsplätze am vorrangigen Bedarf ist ein Modell dafür, wie unter Mitwirkung der Beteiligten eine Struktur- und Industriepolitik gestaltet werden kann, die sowohl die sozialen Interessen der betroffenen Arbeitnehmer berücksichtigt als auch die Interessen der Unternehmen auf die Zukunftsanforderungen einstellt. Ein solches Konzept kann durchaus durch eine entsprechende Technologieförderung ergänzt werden. Dies muß vor allem flankiert werden von umfassender Aus- und Weiterbildung, um die Arbeitnehmer auf neue Anforderungen vorzubereiten.

V.

Arbeitszeitpolitik und Strukturpolitik sind wichtige Bereiche der Gesellschaftsgestaltung. Sie stehen neben zahlreichen anderen, auf die hier nicht eingegangen werden konnte. An beiden Beispielen wird deutlich, worauf es in den vor uns liegenden Jahren ankommen wird: Die Gestaltung der Gesellschaft nach den Maßstäben von Markt und Wettbewerb ist keine akzeptable Perspektive für die Arbeitnehmer. Der Markt hat unter bestimmten Bedingungen seine unbestrittene Bedeutung als Steuerungs- und Koordinierungsinstrument. Er ist als gesellschaftliches Strukturprinzip jedoch ungeeignet. Er macht unter dem Schirm einer trügerischen PseudoObjektivität die Starken noch stärker und die Schwachen zu ewigen Verlierern. Dies mag bewußt angestrebtes Ziel oder in Kauf genommene Nebenwirkung der konservativen Strategie sein. Für die Gewerkschaften ist ein solcher Weg nicht gangbar.

Sie arbeiten für die demokratische Reformfähigkeit unserer Gesellschaft. Das schließt bei aller Individualität die kollektive Organisierung von Interessen mit ein; das setzt vor allem auch handlungs- und durchsetzungsfähige Gewerkschaften voraus. Notwendig ist aber auch die Einsicht in den politischen Parteien, insbesondere in den konservativen Parteien, daß organisierte Interessen nicht ein Relikt aus vergangenen Zeiten sind, sondern gerade in der Phase von Umbrüchen in Arbeits- und Lebensbedingungen besonders unverzichtbar sind, wenn diese Bedingungen nach den Interessen der Betroffenen gestaltet werden sollen. Die Differenziertheit der Arbeits- und Berufsinteressen und der Wunsch nach individueller Entfaltung kann nicht ausgespielt werden gegen die Notwendigkeit kollektiver gewerkschaftlicher Interessenvertretung und Absicherung. Im Gegenteil: Wir können dem Kampf um

gleiche Lebenschancen eine neue Richtung geben, indem wir die Bedürfnisse des einzelnen positiv aufgreifen und sie in ein gewerkschaftliches Handlungskonzept einbringen. Differenzierte Ansprache und Mobilisierung der verschiedenen Beschäftigtengruppen auf der einen Seite und geschlossene Handlungskonzepte auf der anderen sind kein Gegensatz. Einheit in der Vielfalt darzustellen, war schon immer ein charakteristisches Merkmal solidarischer Gewerkschaftspolitik.